# VORWÄRTS KASSEL

Newsletter der SPD-Fraktion Kassel Ausgabe 118 | Okt. 2020


Sozialwohnquote

## Von 25 auf 30 Prozent anheben

Grafik © macrovector (via freepik)

„Die im Juni 2019 von der Stadtverordneten-versammlung (StaVo) beschlossene Sozial-wohnungsquote von 25 Prozent war ein guter Anfang. Aber es geht noch mehr. Deswegen fordern wir, die Quote auf 30 Prozent anzuheben“, so Dietmar Bürger, unser stadtteilpolitischer Sprecher.

### Kleine & größere bezahlbare Wohnungen fehlen

Auf dem Wohnungsmarkt fehlen nach unserer Ansicht neben bezahlbaren kleinen vor allem größere Wohnungen, die erschwinglich sind. „Deswegen fordern wir die angehobene Sozialwohnungsquote von 30 Prozent, die dann auf die gesamte Fläche des entstehenden Wohnraums eines Bauprojekts angewandt wird. Darin unterscheidet sich unser Antrag von seinem Vorläufer.“ Die bisher gültige Sozialwohnungsquote von 25 Prozent bezieht sich auf die Anzahl der entstehenden Wohneinheiten. Das führt dazu, dass überwiegend kleine Sozialwohnungen gebaut werden. „Für Singles und Studierende ist das gut. Familien fallen aber so hinten runter“, meint Bürger.

### Quote greift ab 6 Wohnungen

Zudem soll die Quote in Zukunft auch schon ab sechs anstatt ab zwölf geplanten Wohnungen greifen. „Werden aktuell Mehrfamilienhäuser auf freien Flächen in bestehenden Wohngebieten gebaut, man spricht hier von Nachverdichtung, greift die alte Quote nicht. Denn oft entstehen hier weniger als zwölf Wohnungen“, erläutert Bürger. Das wird sich ändern. „Das dient u.a. der sozialen Durchmischung gerade jener Kasseler Stadtteile, die besonders von der Gentrifizierung betroffenen sind“, so Bürger weiter.

Wir freuen uns daher, dass die Stadtverordneten am Montag unserem Antrag zustimmten“, so Bürger abschließend.

Zum Antrag

## Themen


1 Sozialwohnquote erhöhen
2 Mietpreisbremse
3 Nachtragshaushalt 2020
4 100 Geflüchtete aus Moria aufnehmen
5 Emissionsfreier ÖPNV
6 Mehr Gelder für Ortsbeiräte
7 StaVo-Impressionen
Geschlechtergerechte Sprache
9 Aus der Fragestunde
10 Downhillstrecken im Habichtswald
11 Parkour-Fläche im Wesertor
12 Fraktion unterwegs



SPD FRAKTION KASSEL

Mietpreisbremse

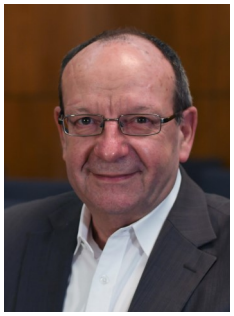
# In Kassel muss auch künftig die Mietpreisbremse gelten

**Judith Boczkowski**
wohnungspolitische Sprecherin

Als absolut unbegreiflich und geradezu fahrlässig bezeichnen Judith Boczkowski, unsere wohnungsbaupolitische Sprecherin, und unser Kasseler SPD-Landtagsabgeordneter Wolfgang Decker die Entscheidung des Hessischen Wirtschaftsministers Al-Wazir (Bündnis 90/ Die Grünen), Kasseler Mieterinnen und Mieter aus den Mietschutzvorschriften heraus zu nehmen, anstatt ihre Stellung weiter zu stärken.

„Milieuschutzsatzungen, neue Baugebiete und vor allem eine höhere Sozialwohnquote: Wir in Kassel setzen alles daran, dass gutes Wohnen auch für geringe bis mittlere Einkommen erschwinglich bleibt. Und was macht die Landesregierung in Wiesbaden? Sie torpediert unsere Bemühungen“, äußerst sich Boczkowski dazu verärgert. „Günstiger Wohnraum wird bereits jetzt knapp in Kassel. Mit ihren Streichungsplänen gießt die Landesregierung hier Öl ins Feuer“, so Boczkowski weiter.

„Dazu darf es aber nicht kommen“, macht auch Decker deutlich. „Man fragt sich allen Ernstes, was den Wirtschaftsminister geritten hat, Kassel sehenden Auges künftig wieder unkontrollierten Mietsteigerungen preiszugeben“, ist Decker fassungslos. Dass stattdessen in Fuldabrück nunmehr die Schutzklauseln für Mieter*innen gelten sollen, setze dem ganzen noch die Krone auf. „Warum nicht auch in Kassel, Baunatal, Vellmar oder Lohfelden? Ich empfehle dem Minister dringend, sich einmal vor Ort ein reales Bild der Lage am Wohnungsmarkt in Kassel und der Region zu machen“, fordert Decker. „Wir werden das jedenfalls so nicht akzeptieren – weder im Landtag noch auf kommunaler Ebene“, so Decker mit Nachdruck.



**Wolfgang Decker**
SPD-Abgeordneter im Hessischen Landtag

Bild: © Barni_1 (via Pixabay)

Nachtragshaushalt 2020

# Zukunftsprojekte finanziell gesichert

Mit blauen Flecken durch die Krise: Trotz geringerer Steuereinnahmen, höherer Ausgaben und Kosten durch die Corona-Pandemie verfügt die Stadt Kassel noch über ein finanzielles Polster: Von den ursprünglichen rund 40 Millionen Euro Haushaltsüberschuss sind noch rund drei geblieben.

„Da kam viel zusammen", meint unser Fraktionsvorsitzender Patrick Hartmann dazu und gibt ein paar Beispiele: „Die Stadt Kassel hat die Beiträge der städtischen Kitas und Horte an die Eltern zurückgezahlt und zugleich die Betriebskostenzuschüsse an die freien Kitaträger weiterbezahlt. Masken, Desinfektionsmittel und Co. für die städtischen Einrichtungen gekauft – für Kitas, Rathaus, Ämter, Berufsfeuerwehr und und und." Gleichzeitig bekam auch die Gesundheit Nordhessen (GNH) finanzielle Unterstützung seitens der Stadt, um zwei Corona-Testgeräte zu kaufen. „Schließlich sind schnell vorliegende Testergebnisse in unser aller Interesse", meint Hartmann dazu.

Besonders zu Buche schlägt natürlich das 18 Millionen Euro starke Programm *Kopf hoch, Kassel!*. „Die Soforthilfen für Soloselbstständige und Klein- bzw. Kleinstbetriebe sowie gemeinnützige Institutionen haben vielen Einrichtungen und Unternehmen geholfen, die Krise zu überleben und ihre Angebote weiter anbieten zu können", meint Hartmann.

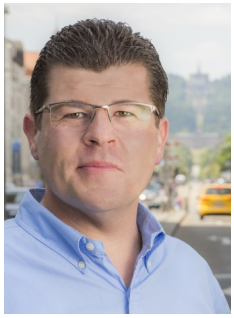
## Finanzierung von Schulsanierung und Radverkehr-Programm sicher

Die Ausgaben und Einnahmen im Einzelnen listet der Nachtragshaushalt 2020 auf, den der Magistrat am vergangenen Montag den Stadtverordneten vorstellte. „Aus diesen Details geht hervor, wie genau und vor allem wirtschaftlich gut die Stadt auf die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Herausforderungen reagiert hat – auch bzw. gerade auf finanzieller Ebene", so Hartmann. „Damit sind zugleich wichtige Zukunftsprojekte wie die Schulsanierung und das Radverkehr-Programm sicher", so Hartmann.

**Patrick Hartmann**
Fraktionsvorsitzender

Flüchtlingslager Moria

# 100 Geflüchtete aus Moria in Kassel aufnehmen – jetzt!



**Patrick Hartmann**
Fraktionsvorsitzender

„Wir haben die Pflicht, Menschen in Not zu helfen. Deswegen sprechen wir uns als SPD -Fraktion dafür aus, 100 Menschen aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria bei uns in Kassel aufzunehmen – so schnell wie möglich. Den Menschen auf Lesbos bleibt nämlich keine Zeit, weiter zu warten“, so Patrick Hartmann, unser Fraktionsvorsitzender. „Nicht lange fackeln, sondern die Menschen sofort aufnehmen, so lautet daher unser Appell. Schließlich ist und bleibt Kassel ein sicherer Hafen, wie die StaVo im April 2019 bekräftigt hat“, fährt er fort.

## Lebens- & Arbeitsperspektiven für Geflüchtete

„Wir wollen jedoch mehr, als die Menschen lediglich aufnehmen und unterbringen. Wir möchten ihnen hier in Nordhessen eine Perspektive eröffnen. Damit sie die Chance haben, sich ein neues Leben aufzubauen“, sagt der Vorsitzende. So wie jene Geflüchteten, die bereits jetzt an den Projekten aus dem Sozialdezernat der Stadt Kassel unter Bürgermeisterin Ilona Friedrich teilnehmen. Zu diesen Maßnahmen zählen z.B. *InMigra* oder das *WIR-Fallmanagement*, das jährlich 150 Geflüchtete auf dem Weg in die den Ausbildung- und Arbeitsmarkt unterstützt.

## Land Hessen muss sich in Berlin verstärkt für Aufnahme von Geflüchteten einsetzen

Ein Hindernis sieht unser wirtschaftspolitischer Sprecher und Landtagsabgeordneter Wolfgang Decker jedoch: „Städte in ganz Hessen bzw. Deutschland wollen Menschen aus Moria aufnehmen. Bisher reagiert das CDU-geführte Bundesinnenministerium jedoch zu zögerlich. Es wird daher höchste Zeit, dass dieser laute Ruf der Kommunen endlich auch von Bundesinnenminister Horst Seehofer gehört wird. Hier fordern wir auch, dass sich die Schwarz/Grüne Landesregierung hinter ihre Städte und Kommunen stellt und endlich Druck auf das Berliner Innenministerium ausübt“, appelliert Decker an die Verantwortlichen der CDU/Grünen Landesregierung in Wiesbaden, die immer noch kein Landesaufnahmeprogramm geschaffen haben. Denn im Alleingang können weder Kommunen noch Länder Flüchtlinge aufnehmen, da die Entscheidungshoheit darüber beim Bund liegt.

⇒ Weiterlesen auf der nächsten Seite

Grafik © pikisuperstar (via freepik)

Fortsetzung: Moria – 100 Geflüchtete aus Moria in Kassel aufnehmen – jetzt!

## Aussage der hessischen Europaministerin Lucia Puttrich unmenschlich

„Dass die Landesregierung grundsätzlich Bereitschaft signalisiert hat, Geflüchtete aus Moria in Hessen aufzunehmen, begrüßen wir“, fügt Hartmann hinzu. „Allerdings kommen einem daran Zweifel, wenn man die Aussagen der hessischen Europaministerin Lucia Puttrich (CDU) hört“, fährt der Fraktionsvorsitzende fort. Wir sind entsetzt über die Äußerungen Puttrichs, die sich in einem Interview mit der Bild-Zeitung gegen die Aufnahme von Geflüchteten aussprach – mit der Begründung, ein solcher Gewaltausbruch dürfe nicht belohnt werden. „Solche Aussagen zeugen von fehlendem Verständnis und Mitgefühl für die Not der Menschen in Moria.“

Denn der Brand in Moria ist aus unserer Sicht unbestritten eine humanitäre Katastrophe, noch mehr als es die Zustände im Lager ohnehin schon waren. Menschen, die bereits vor dem Feuer so gut wie alles verloren hatten, stehen jetzt vor dem absoluten Nichts. Sie sind obdachlos und damit Gefahren schutzlos ausgeliefert. „Helfen ist hier Menschenpflicht“, schließt Hartmann.

ÖPNV

# Emissionsfreier ÖPNV ist das Ziel

**Sascha Gröling**
verkehrspolitischer Sprecher

„Keine Verbrennungsmotoren mehr im Kasseler ÖPNV der Zukunft, das schwebt uns vor“, so Sascha Gröling, unserer verkehrspolitischer Sprecher. „Der Startschuss für dieses Projekt fällt nun mit der Anschaffung von 12 Elektrobussen“, so Gröling weiter.

„Das Ziel ist, die komplette Busflotte der KVG auf alternative Antriebe umzustellen, d.h. mit nachhaltigen Energien anzutreiben“, fährt er fort. Und durch die acht Millionen Euro Bundesförderung macht das Projekt emissionsfreier ÖPNV nun einen gehörigen Schritt nach vorne.

„Deshalb sei an dieser Stelle auch ein zweifacher Dank ausgesprochen: Zum einen, dass die Stadt dieses Projekt angestoßen hat. Zum anderen an unseren Bundestagsabgeordneten Timon Gremmels, der sich in Berlin vehement dafür eingesetzt hat, dass die acht Millionen Euro Fördergelder nach Kassel gehen“, endet der verkehrspolitische Sprecher.

Foto: Free Photos (via Pixabay)

Erhöhte Budgets für Ortsbeiräte

# Vorausschauende Politik

**Dietmar Bürger**
stadtteilpolitischer Sprecher

„Besonders angesichts der Corona-Pandemie und den mit ihr verknüpften Herausforderungen zeigt sich: Die Dispositionsmittel der Ortsbeiräte deutlich zu erhöhen, hat sich als vorausschauende Politik erwiesen“, so Dietmar Bürger, unser stadtteilpolitischer Sprecher. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Stadt die Dispositionsmittel – kleinere, sachgebundene Budgets, über deren Verwendung die Beiräte frei entscheiden – in 2020 mehr als verdoppelt.

Damit haben die Ortsbeiräte deutlich mehr Geld, um die ehrenamtliche Arbeit in den Stadtteilen zu unterstützen. Und das haben sie auch direkt getan: So hat z.B. der Ortsbeirat Harleshausen Ende August beschlossen, mehrere Vereine wie den SV Harleshausen und die Jugendfeuerwehr zu fördern.

## Hintergrund

Mit Beginn dieses Jahres erhält jeder der 23 Ortsbeiräte von der Stadt Kassel einen höheren Sockelbetrag. Dieser Grundbetrag stieg von 822,96 Euro in 2019 auf 1.709,80 Euro in 2020. Zusätzlich bekommen die Ortsbeiräte pro Einwohner des Stadtteils nun 19 anstatt 9 Cent.

„Uns Sozialdemokrat*innen liegen die lokalen Vereine und Initiativen am Herzen. Denn sie sind es in besonderem Maße, die diese Stadt lebenswert machen. Sie sind der soziale Kitt, der unsere Stadtgesellschaft zusammenhält. Deswegen freuen wir uns, dass die Ortsbeiräte die Gelder auch genau dort investiert haben: in die Förderung der örtlichen Gemeinschaft“, schließt Bürger.

Grafik © Freepik

**NEWSLETTER ONLINE LESEN**

**WWW.SPD-FRAKTION-KASSEL.DE/VORWAERTS-KASSEL**

Stadtverordnetenversammlung 28. September 2020

# Impressionen aus der StaVo

Darum ging es bei der 43. Sitzung der Kasseler StaVo: Die Themen an diesem Septembermontag waren u.a. geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung, der Kohleausstieg, urbane Waldgärten und die Erhöhung der Sozialwohnquote.

Gleichberechtigung – geschlechtergerechte Sprache

# Sprache schafft Bewusstsein

Sprache beeinflusst unser Denken – und zwar stark. Sie schafft Wirklichkeit und prägt in hohem Maße unsere Denkmuster und die Art und Weise, wie wir die Welt wahrnehmen.

Lernen Menschen z.B. neue Farbwörter, können sie Farben anders unterscheiden. Welche Farben wir benennen können, bestimmt also, welche Farben wir sehen. Daraus folgt: Was man nicht bezeichnet, sieht man auch nicht. Das gilt leider nicht nur für Farben, sondern viel zu oft auch für alle Geschlechter, die nicht das männliche sind.

## Sprache muss präzise sein

Sprache ist also nie neutral und immer mächtig. Allein deshalb möge sie doch bitte präzise sein – auch und gerade in Sachen Gender. Von dieser Genauigkeit sind wir jedoch weit entfernt. So heißt es dann oft in einer Vorbemerkung zum Sprachgebrauch:

> *Wenn von Bürgern oder Bewohnern die Rede ist, so schließt dies die Bürgerinnen und Bewohnerinnen ebenso ein. Die weiblichen Beteiligten und Betroffenen werden um Verständnis gebeten.*

„Nun, ich habe dafür kein Verständnis“, so Sabine Wurst, unsere gleichstellungpolitische Sprecherin. „Denn Worte sind an Vorstellungen, Emotionen und Bilder gekoppelt, die eine Wirkung auf uns haben. Somit kann Sprache z.B. trösten oder verletzen – oder ignorieren. Und sie ignoriert Frauen zu oft“, so Wurst.

Das hat fatale Folgen: Solange Frauen in der Sprache nicht sichtbar machen, bleibt die Gleichberechtigung der Geschlechter unsichtbar und wird auch nicht wirklich gelebt.

„Frauen machen rund 50 Prozent der deutschen Bevölkerung aus. Wir haben es mehr als nur verdient, genannt zu werden“, findet Wurst. Es ist also längst überfällig, immer und überall auch die weibliche Form zu verwenden – und nicht nur mitdenken zu lassen. Oder noch besser: Solche Formulierungen zu verwenden, die geschlechtsumfassend bzw. neutral sind – z.B. Lehrende anstatt Lehrerinnen und Lehrer. „Ein solcher Sprachgebrauch ist inkludierend und trägt der Vielzahl geschlechtlicher Identitäten Rechnung. Wir leben im Jahr 2020. Es ist höchste Zeit für gendergerechte Sprache“, begrüßt unsere gleichstellungspolitische Sprecherin daher das Ja der StaVo zu unserem Antrag „geschlechtergerechte Sprache in der Verwaltung“.

**Zum Antrag**

Grafik: pch.vector (via Freepik)

Stadtverordnetenversammlung 28 . September 2020

# Aus der Fragestunde

**Das MittendrinTicket ist am 01.07.20 gestartet. Wie gestaltet sich seither die Nachfrage?**

Die Nachfrage ist gut – im Juli und August sind bisher etwa 2.300 Ticktes verkauft worden, so Sozialdezernentin Ilona Friedrich. Das Sozialdezernat ist mit dieser Anfangs-entwicklung zufrieden.

**Das Konjunkturprogramm des Bundes sieht 1 Mrd. Euro für den Ausbau der Betreuungskapazitäten in Kitas vor. Das Investitionsprogramm Kinderbetreuungs-Finanzierung 2020-2021 sieht knapp 77 Millionen Euro für Hessen vor.**

**Wie viele U3- und Ü3-Plätze können mit diesen Geldern in Kassel entstehen?**

Nach Abzug der bereits beantragten Fördermittel, bleiben für den weiteren städtischen Kita-Ausbau Bundes- und Landesfördermittel in Höhe von 1,88 Millionen Euro, so Schuldezernentin Ulrike Gote.

Wie viele U3- und U3-Plätzen davon entstehen können, hängt davon ab, wo die Plätze entstehen: in Mietobjekten mit hohem oder geringem Sanierungsaufwand oder in Neunbauten.

Beispielhaft berechnet, kann man mit 1 Mio. Euro in ....

- ... Neubauten 100 Ü3-Plätze*,
- ... Mietobjekten mit aufwendigem Umbau 250 Ü3-Plätze,
- ... Mietobjekten mit wenig Umbau 500 Ü3-Plätze ...

schaffen.

(*25-Gruppe)

**Mit dem Programm *Kassel sichert Ausbildung* spannt die Stadt Kassel ihren Schutzschirm für Ausbildung weiter auf. Dafür erhält die Stadt aus dem Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget des Landes € 330.000,- und investiert zudem € 50.000,- kommunale Mittel.**

**Wie viele Jugendliche profitieren derzeit hiervon?**

An dem Programm können 15 junge Menschen teilnehmen. 3 der gestarteten 15 haben bereits einen Ausbildungsplatz gefunden, sodass jetzt drei neue Jugendliche nachrücken können.

**Was waren die Beweggründe, dem Abbau des Blinden-pfads zuzustimmen?**

Der Wald ist in Gefahr und deshalb ist der Wald eine Gefahr, so Stadtbaurat Nolda. So besteht an vielen Stellen Gefahr durch liegendes oder stehendes Totholz – wie herabfallende Äste oder solche, die auf dem Boden liegend zu Stolper- und Sturzfallen werden.

Das führt dazu, dass Waldwege und Schutzhütten gesperrt werden mussten oder Bänke abmontiert wurden – oder eben der Blindenpfad aus Haftungs- und Gefährdungsgründen teilweise abgebaut werden musste.

Bild © Freepik

Legale Downhillstrecken im Habichtswald

# Appell an die Initiator*innen: Nicht aufgeben!

**Dr. Cornelia Janusch**
umweltpolitische Sprecherin

„Was ist da schiefgelaufen in der Unteren Naturschutz-behörde (UNB)?“ fragt Dr. Cornelia Janusch, unsere umweltpolitische Sprecherin mit Blick auf das Downhill-Projekt des PSV Grün-Weiß Kassel am Hohen Gras. Wir werden der Sache in einer offiziellen Anfrage nochmals auf den Grund gehen. „Wir haben nämlich viele Fragen:

- Welche artenschutzrechtlichen Gründe führten zum faktischen Aus der Downhill-Pläne?
- Wie kam die UNB zu dieser Entscheidung, obwohl der PSV sich mit dem *Büro für angewandte Ökologie & Forstplanung* (BÖF) Fachwissen dazuholte und vor allem die UNB selbst in den Planungsprozess einbezogen war?

Aufgeben wollen wir das Projekt jedoch noch nicht. „Wir bieten den Initiator*innen der Strecke unsere Unterstützung an. Denn das Projekt ist gut durchdacht und eine Bereicherung für die Region“, so Janusch.

## Win-Win-Situation für Mensch und Natur

Außerdem zeigt gerade die Corona-Pandemie, wie wichtig Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung in der Natur sind. „Einen legalen Raum für den Downhillsport zu schaffen, wäre eine Win-Win-Situation für Mensch und Natur“, so unsere umweltpolitische Sprecherin. Denn die Natur bzw. den Wald zu erleben und für sportliche Aktivitäten wie Downhill zu nutzen, macht deutlich, wie wichtig der Erhalt des Waldes ist – auch als Erholungsort. „Sport im Freien kann das Bewusstsein schaffen resp. stärken, wie schützenswert die Natur ist“, schließt Janusch.

Foto: Robert Jones (via Pixabay)

Parkour-Flächen im Wesertor

# Freestyle gGmbH an Konzept zu beteiligen

Foto: standret (via Freepik)

„Eine Parkour-Fläche im Wesertor wäre weitaus mehr als ein reines Trainingsgelände für sportinteressierte Kinder und Jugendliche - nämlich ein Begegnungs- und Aufenthaltsort“, so Heidi Reimann, unsere sportpolitische Sprecherin. Daher befürworten wir auch, dass die Freestyle gGmbH aktiv in die Planungen einbezogen wird.

Zum einen, weil die Initiative bereits eine beliebte Sporthalle im Stadtteil betreibt. Zum anderen, weil mit der Freestyle GmbH und der Sportart Parkour zusammenkommt, was zusammenpasst. „Das Angebot der Freestyle GmbH ermöglicht es Kindern und Jugendlichen, ihre sportlichen Talente zu entdecken und zugleich ihre Sozialkompetenz zu trainieren. Die Sportart Parkour trainiert neben dem ganzen Körper vor allem auch den Geist. Schließlich müssen sich Parkour-Läufer*innen sehr gut konzentrieren können und sich selbst sowie ihre Grenzen gut einschätzen können“, erläutert Reimann. „Das ergänzt sich einfach gut“, findet die Sozialdemokratin.

Die Stadt arbeitet bereits an einem Konzept, wie die Freestyle GmbH am Parkour-Projekt beteiligt werden kann – wie die Mitglieder des Ausschusses Soziales, Gesundheit und Sport in der letzten Sitzung erfuhren. „Jetzt ist meine Fraktion selbstverständlich gespannt, wie genau das Konzept aussieht. Daher freuen wir uns, dieses baldmöglichst vorgestellt zu bekommen“, so unsere sportpolitische Sprecherin.

„Zumal uns daran gelegen ist, dass es mit dem Projekt zügig vorangeht. Nachdem es bisher eher schleppend von Jugend– sowie Umwelt- und Gartenamt vorangebracht wurde“, hebt Reimann hervor.

Daher wollen wir Antworten auf verschiedene weitere Fragen erhalten:

- Wann ist mit dem Ergebnis zu rechnen, was die Prüfung der bereits versiegelten Fläche im Bereich Wesertor/Fulda ergeben hat?
- Plant die Stadt, das Gelände zu kaufen oder wie soll eine Nutzung für Parkour ermöglicht werden? Schließlich befindet sich die betreffende Fläche derzeit nicht im Eigentum der Stadt.
- Wann ist mit dem Ergebnis der abschließenden Klärungen rund um beispielsweise natur- und lärmschutzrechtliche Aspekte zu rechnen?

Fraktion unterwegs

# Social-Media-Impressionen

Zu Besuch bei GE Grid

Beim KSV Hessen Kassel gegen den FK Pirmasens

Bei der Gesprächsrunde zum Untersuchungsausschuss UNA 20/1 (Dr. Walter Lübcke) „Was erwarten wir vom neuen Untersuchungsausschuss?“ während des *Festivals Nach dem Rechten sehen.*

Kasseler Frauenlauf 2020

Radnacht 2020

## SPD-Fraktion Kassel

Zimmer W 222
Rathaus
34112 Kassel

Tel. 0561 - 787- 1284
Fax: 0561 - 787–2209

E-Mail:
buero@spd-fraktion-kassel.de
Web:
www.spd-fraktion-kassel.de

Geschäftsführer:
Patrick Hartmann

Fraktionsvorsitzender und
V.i.S.d.P.:
Patrick Hartmann

@spd_fraktion_kassel

@spd.fraktion.kassel

@spdfraktionks